

Reizungs-Gebühr... Die den Lesern... am Tage vorher...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

für Feinschmecker

Lobeck's 

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

per Tafel 50 St.

Anzeigen-Zarif... Anzeigen von... bis... Familien-Nachrichten...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.

Gegen Husten u. Heiserkeit

Monthol-Katarrh-Pastillen

Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand
auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Wettin-Gartenschläuche
sind die Besten.

Gummi- und Asbest-Compagnie
Reinhard Stiebler & Röttger
Telefon 1.1261. Wittenerstr. 8, nächst dem Teich.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht-

Laampen einfacher Art bis zu den
feinsten kunstgewerblichen Ausführungen
in konkurrenzloser Auswahl.

Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik,
Am See 16. Fernsprecher 1136.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Blutmaßliche Witterung: Wechselnde Winde, etwas kälter, zeitweise Niederschlag.

Stadtbaurat Professor Erlwein sprach gestern abend im Festsaal des Rathhauses über die Gestaltung des Königstufers in Dresden-Neustadt.

Stadträte Dr. Matthes und Dr. Krumbiegel wurden in der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung auf Lebenszeit wiedergewählt.

Am Königl. Schauspielhaus fand „Godiva“, ein dreifäktiges Drama von Victor Hardung, nach den beiden ersten Akten Abbruch, der letzte wurde abgelehnt.

Staatssekretär v. Riederer-Wächter wurde gestern vom Kaiser zum Vortrag empfangen.

Im Reichstage wurde gestern die Beratung des Glais des Reichsamts des Innern bei den Kapiteln Patentamt und Reichsversicherungsamt fortgesetzt.

Im bairischen Landtage kam es bei der Auseinandersetzung der Parteien mit der Regierung zu schweren Zusammenstößen zwischen der Linken und dem Zentrum und zu Konflikten zwischen dem Präsidium und den Liberalen.

Die Rheinschiffer haben beschlossen, am 31. März in den Ausstand zu treten.

Nur nichts Halbes.

Heinrich von Treitschke sagt in seiner „Politik“, daß unter allen politischen Tugenden die Schwäche die verderblichste sei; sie sei die Sünde gegen den heiligen Geist der Politik. Dieses mannhafte Wort einer mannhaften Persönlichkeit ist wert, unvergessen zu bleiben. Gerade in letzter Zeit hat sich des deutschen Volkes das unheimliche Gefühl bemächtigt, als ob an leitender Stelle in Berlin der Wille fehle zur energischen Durchführung der als notwendig erachteten Wehrvorlagen. Bei dem Schweigen der Regierungorgane ist der Senationsmacher für und Tor geöffnet, und wenn auch die Dementiermaschine eifrig arbeitet, so scheinen doch manche Gerüchte nicht grundlos zu sein. Soviel geht jedenfalls aus allem hervor, daß die Reichsregierung die ursprünglichen Wehrvorlagen weitestgehend eingeschränkt hat, vielleicht aus innerpolitischen Gründen, da die Deckung der Ausgaben dem Reichsanwalt allerlei Schwierigkeiten bereitet, vielleicht aber auch aus Gründen der auswärtigen Politik, um die geplante Verhängung nicht zu gefährden. Es ist das eine verhängnisvolle Maßnahme, für die die Regierung die volle Verantwortung trägt. Heute pflegen es bereits die Späßen von den Dächern, daß ernste Zerwürfnisse bestehen zwischen Reichsanwalt und Marinehaatssekretär. Diese Zerwürfnisse haben in der Tat zu einem Konflikt geführt, der wohl noch nicht beigelegt ist, und bei der Verschlepptheit der politischen Auffassung bei beiden Männern ein dauernder sein wird. Wer obgesiegt hat, steht zur Stunde noch nicht fest. Ist es der Kanzler, so muß man allerdings damit rechnen, daß eine großzügige Verstärkung unserer Streitkräfte nicht verlangt wird.

Zimmerlin ist über die Marineforderungen genügend bekannt geworden, das erkennen läßt, in welchem Rahmen eine Notenerhöhung geplant ist. Sollte der Kanzler an diesen bestehenden Forderungen noch Abstriche vorgenommen haben, so würde allerdings die erhoffte Verstärkung unserer Marine illusorisch werden. Wir halten diesen Fall aber für so gut wie ausgeschlossen, denn weniger kann die Reichsregierung beim besten Willen nicht fordern. Wertwürdigerweise schweigen die Angaben nämlich über die bevorstehende und dringend notwendige Heeresvorlage. Was bisher davon bekannt geworden ist, dürfte wenig mehr als Vermutungen sein. Dieses Schweigen ist verdächtig. Die Schwäche der Reichsregierung ist im deutschen Volke nur zu bekannt, und so ist es verständlich, wenn die öffentliche Meinung so ziemlich einstimmig die Ansicht vertritt, die Heeresvorlage würde, genau wie die Marinevorlage etwas Halbes sein. Eine großzügige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke scheint so gut wie ausgeschlossen; der geschweige denn verlangt, will man die Staatskräfte der Infanteriekompanien auf 130 Mann herabsetzen, um so neue Formationen bilden zu können. Die Formidabilität, mit der sich dieses Gerücht erhält, ist verdächtig. Plante die Reichsregierung tatsächlich eine derartige Maßnahme, so

wäre es die Pflicht des Reichstags, eine solche Entwicklung mit allen Mitteln zu verhindern, denn eine Vergrößerung der Staatskräfte der Kompanien wäre gleichbedeutend mit einer Verdrückung der geachteten Ausbildung unserer Infanterie. Daß diese nie eintreten darf, bedarf keiner feinen Beweise.

Eine sich der Schwere der Situation bewußte Reichsregierung müßte sich klar darüber sein, daß jede Halbheit in dem Ausbau unserer Wehrkraft verwerflich sein muß. Man kann nicht jedes Jahr mit einer neuen Wehrvorlage an die Volksvertretung herantreten, sondern man muß die günstige Stunde abzuwarten. Heute lebt in allen bürgerlichen Parteien das Bewußtsein, daß eine weitestgehende Verstärkung unserer Wehrkraft notwendig ist. Seit Monaten schwelen bereits die Vorarbeiten in den verschiedenen Reichsamtern, aber bis auf den heutigen Tag ist noch keine Einigung erzielt. Man hat scheinbar nicht übel Lust, die Vorlagen bis zum Herbst zu verschieben. Eine ratlose Schwäche, die geradezu peinlich wirkt. Die politische Lage gestaltet sich aber nicht den Luxus einer derartigen Regierung. Nicht ohne Abicht hat Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ einen Brief Kaiser Friedrichs wiedergegeben, in dem dieser dem Fürsten bezeugt, daß er bei allen Fragen, die zur Verhängung der Armeedienste, seine ganze Autorität dafür eingesetzt habe. Jede Reichsregierung hat eben die Pflicht, den Ausbau unserer Wehrkraft nach Möglichkeit zu fördern, und das um so mehr, als der nächste Krieg ein Existenzkampf unserer Völker sein wird.

Diesem Gesichtspunkt vertritt mit großer Energie das soeben erschienene Buch „Deutschland und der nächste Krieg“ von Friedrich von Bernhardi, General der Kavallerie z. D. (J. G. Götische Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart). Wenn auch in den ersten Kapiteln vom Verfasser verschiedene Ansichten geäußert werden, die auf falschen Voraussetzungen beruhen — die Beurteilung Japans, Rußlands und der Türkei z. B. ist sicherlich nicht zutreffend —, so ist doch die Tendenz des Buches sehr zu begrüßen. Ganz hervorragend sind die rein militärischen Kapitel und die Erörterung über den Charakter unseres nächsten Krieges. Bernhardi kommt ebenfalls zu dem Schluß, daß der nächste Krieg ein Kampf um unsere nationale und nationale Existenz werden wird. „Das ist dadurch bedingt, daß unsere Gegner ihre politischen Ziele nur erreichen können, wenn sie uns zu Lande und zu Wasser fast bis zur Vernichtung schlagen. Bei nur halben Erfolgen müßten sie auf eine harte Erneuerung des Kampfes gefaßt bleiben, was ihren Interessen keineswegs entsprechen würde. Sie wissen das auch recht gut und scheuen den Kampf, da sie sich sagen müssen, daß wir uns mit der äußersten Erbitterung und Rachhaltigkeit wehren würden. Wenn aber trotzdem die Verhältnisse diesen Kampf unvermeidlich machen, dann wird die Abicht, uns völlig niederzurücken auf gegnerischer Seite, auf der untersten der Willen, uns unter allen Umständen siegreich zu behaupten, dem Kriege einen auf das äußerste gerichteten Charakter verleihen. Ein unter solchen Umständen verlорener Krieg würde unsere mühsam errungene politische Bedeutung vernichten, die ganze Zukunft unseres Volkes in Frage stellen, uns auf Jahrhunderte zurückwerfen, den Einfluß des deutschen Volkes in der Kulturwelt auf das tiefste erschüttern und damit den Gesamtschritt der Menschheit in ihrer gesunden Entwicklung hemmen, für die ein hartes Verdictum eine Notwendigkeit ist. So sind es die höchsten Interessen unseres Vaterlandes und der Menschheit, um die unter nächster Krieg ausgefochten werden muß. Das wird ihm seine welthistorische Bedeutung verleihen. „Weltmacht oder Niederrang“ wird für uns die Lösung lauten. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen wir also auch die Vorbereitung des Krieges betreiben; mit dem unbedingten Willen zum Siege und dem festen Entschluß, auch in einem unglücklichen Kriege auszuharren bis ans Ende.“

Die erste Vorbedingung zu einer zweckentsprechenden Kriegsvorbereitung ist die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, die bei uns tatsächlich nur auf dem Papier steht. „Zu unserer Unheil“, sagt Bernhardi, „sind gerade wir dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht untreu geworden und haben es scheinbar endgültig aufgegeben, sie tatsächlich durchzuführen. Das Band der allgemeinen Wehrpflicht ist jetzt zerbrochen; bei uns wird sie wohl noch im Munde geführt, ist aber nur noch zum Schein erhalten, denn in Wirklichkeit werden vielleicht noch

50 Prozent der Wehrfähigen zur Ausbildung herangezogen... In dieser Richtung muß eine Reorganisation erfolgen, die die Kräfte der Nation energisch zusammenschließt und ein wirkliches Volkshier schafft, wie wir es heute nicht haben. Nur wenn wir dieser Forderung nachgeben, werden wir uns den feindlichen Mächten gegenüber dauernd behaupten können.“ Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. März. Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv. Tel.) Die Beratung des Glais des Reichsamts des Innern wird beim Kapitel „Patentamt“ fortgesetzt. Abg. Dr. Böttcher (natl.) betont die Notwendigkeit einer baldigen und durchgreifenden Reform des Patentrechts, besonders auch zur Sicherstellung des Erfinderrechts der Angestellten, denen das ausreichende Lohn von Ehre und künftigen Lohn zuteil werden müßte. Die Frage sei schwierig, da natürlich auch die Interessen der Industrie gewahrt werden müssen. Nicht jede Erfindung bereichere das Volk, in dessen Nutzen sie gemacht sei, im Gegenteil verurteile sie oft nur Kosten. Redner verlangt weiter eine Änderung der Patentgebühren, die heute burokratisch und antizipal seien. Die deutschen Gebühren seien für Mittellose eine übermäßige finanzielle Belastung des Schuldenbüchels. Aber auch die großen Industrieunternehmen darunter. Der Unterschied gegen Amerika sei ganz unabweislich. Die Höhe der Gebühren habe zur Folge, daß viele Patente vorher verfallen. Redner bemängelt ferner die Schwerfälligkeit des Patentamtes und fordert an Stelle des heutigen Vorprüfungsamtes der förmlichen Beschlüsse das System der Einzelprüfer. — Abg. Dr. J. u. d. (natl.): Auf den Schutz des geistigen Eigentums muß auch in internationalen Vereinbarungen geachtet werden. Patentrecht und Warenzeichengesetz müssen im sozialen Sinne revidiert werden, überhaupt gehört eine Reform des gewerblichen Schutzrechtes zu den größten Aufgaben unserer Zeit. Wir sind bereit, an dieser großen nationalen Aufgabe mitzuwirken. (Beifall.) — Ministerialdirektor Dr. v. Jonquieres: Eine auf der Washingtoner Konferenz beruhende Pariser Akte wird in nächster Zeit dem Reichstage vorgelegt werden zugleich mit einem Gesetze, das den Schutz des geistigen Eigentums international macht. Die Regierung teilt die Auffassung, daß hinsichtlich des Patentrechts ein dringendes Reformbedürfnis vorliegt. Die Vorarbeiten haben uns seit längerer Zeit beschäftigt, die Materie ist aber außerordentlich schwierig. Die Prüfung des vorläufigen Entwurfs erfordert noch Zeit, so daß das Gesetz vielleicht nicht wie ursprünglich beabsichtigt, schon in diesem Jahre vorgelegt werden kann. Wir haben auch die Vorarbeiten für eine Revision des Warenzeichengesetzes begonnen. Die Statuten der Sachverständigen sind fast abgeschlossen. Der Entwurf wird in der nächsten Zeit dem Reichstage zugehen. — Zum Kapitel Reichsversicherungsamt liegen Resolutionen der Nationalliberalen, des Zentrums und des Abgeordneten Behrens (Wirtsh.) vor, die eine besondere Berufsgenossenschaft für Detailgeschäfte fordern. Die Resolution Behrens verlangt außerdem eine besondere Berufsgenossenschaft für die Gärtnerei. — Abg. Silberstein (Zos.) verlangt härteren Vorkontrollen. Als Graf Posadowski noch in der Regierung gewesen habe, sei ein Vorkontrollen gegeben, jetzt habe man nur den Nachkontrollen. — Ministerialdirektor Caspar verweist darauf, daß Preußen noch neuerdings keine Vorschriften erlassen und die Überwachung verfahren hat und daß auch die Berufsgenossenschaften ihr Personal vermehren. — Abg. Gräfe (Wirtsh.) befragt die Regierung gewisser unpraktischer und überflüssiger Unfallverhütungsvorschriften, die namentlich in landwirtschaftlichen Betrieben häuften. Die Detailfragen-Berufsgenossenschaften würde mit 200 000 Mitgliedern durchaus lebensfähig sein. — Abg. Schuler (natl.) vertritt gleichfalls die Forderung einer Detail-Berufsgenossenschaft. Die Detailfragen seien mit der Vorkontrollen-Berufsgenossenschaft ganz unvereinbar. Der jetzige Zustand mache unnütze Arbeit und unnütze Kosten. — Abg. Behrens (Wirtsh.) fragt, die der beschwor eine Berufsgenossenschaft der Gärtnerei, die der Verband der Gärtnereiverenigung Deutschlands mit 700 Mitgliedern dringend wünsche. Die Weltlage ändere sich in seinem Verhältnis zur Unfallversicherung. Auch hier handle es sich um eine Mittelhandlung. — Abg. Mohr (Zentr.) führt Beschwerde darüber, daß die Arbeiter schon im Voraus wüßten, wann die Revisionen sind. An den Säulen und Bewerksstellenden im Saarrevier zum Beispiel wäre am Tage vor der Revision alles sämtlich herausgegeben und verkauft worden. Die Unfallverhütungsvorschriften würden vielfach nicht befolgt. — Abg. Becker-Arnberg (Zentr.): Die Rechtshilfe des Reichsversicherungsamtes habe in letzter Zeit verfallen. Es erlaube ständig auf geringere Renten; es scheine gewisse Kreise den Vorkontrollen zu erweisen, die keinen Renten allmählich ganz abschaffen zu wollen. Das sei direkt eine Gesetzesverletzung. — Ministerialdirektor Caspar erwidert auf eine bezügliche Anfrage des Vorkontrollen: Berufskrankheiten sind unter gewissen Voraussetzungen schon jetzt als Unfälle behandelt worden. Das erste Buch der Reichsversicherungsordnung, der Allgemeine Teil, wird am